

Im Rahmen der Buch- und Kulturmesse in Luxemburg-Stadt
Samstag, den 7. Mai 2022

Jacques FAURE

Welche friedliche Politik verfolgt Europa angesichts der russischen Militärangriff gegen die Ukraine?

Der Präsident des Vereins „Ad Pacem servandam“ (Für den Frieden und gegen den Krieg) Claude Pantaleoni dankt dem Referenten Jacques FAURE dafür, dass er die Einladung angenommen hat. Jacques Faure ist ein ehemaliger französischer Diplomat, der in der Zentralverwaltung des Außenministeriums gedient hat. Er war stellvertretender Direktor für Osteuropa, stellvertretender Direktor für europäische Zusammenarbeit und Direktor für Kontinentaleuropa. Bis 2014 war er französischer Ko-Vorsitzender in der Minsk-Gruppe der OSZE zu Berg-Karabach. Er war französischer Botschafter in mehreren osteuropäischen Ländern und von 2008 bis 2011 in Kiew tätig.

Der Vorsitzende des Vereins erinnert daran, wie schwierig es im Jahr 2017 war, als die Vereinigung „Ad Pacem“ gegründet wurde, den **Krieg im Donbass** als russische Invasion und die völkerrechtswidrige **Annexion der Krim** zu werten. Während alle ukrainischen Redner und Flüchtlinge, die von „Ad Pacem“ eingeladen wurden, seitdem lautstark behaupteten, dass der bewaffnete Konflikt in ihrem Land ganz Europa betreffe, leugneten die meisten Europäer dies weiterhin und meinten, es handle sich um eine Art Bürgerkrieg, in dem russischsprachige Unabhängigkeitsbefürworter oder Separatisten ihr Gebiet vom Rest der Ukraine abtrennen wollten. Gleichzeitig ist den meisten Europäern, Politikern und Verantwortlichen für europäische Sicherheit seit Jahren bewusst, dass der russische Präsident alle Freiheiten in seinem Land abschafft und sich wie ein Diktator verhält. Damit, dass er jedoch militärisch in die Ukraine einmarschieren würde, hatten die meisten nicht gerechnet.

Seit dem Fall der Berliner Mauer im Jahr 1989 und nach Jahren der mehr oder weniger erträglichen Koexistenz erlebt Europa seit dem 24. Februar 2022 die größte Krise in seiner Beziehung mit Russland. Um die offensichtlichen Gründe für diese Krise, die den Europäern größtenteils lange Zeit verborgen blieben, zu verstehen, haben die Verantwortlichen der Vereinigung „Ad Pacem servandam“ Jacques Faure, einen Spezialisten auf diesem Gebiet, dazu

eingeladen, auf das im Titel der Konferenz genannte Thema zu antworten: "Welche pazifistische Politik verfolgt Europa angesichts der russischen Militärangriff gegen die Ukraine?".

Bevor die eigentliche militärische Aggression angesprochen werde, erinnert Faure an **zwei Zitate**, die ihm wichtig sind. Das eine stammt von Paul Valéry: "Der Krieg wird von Leuten geführt, die sich nicht kennen, aber er wird von Leuten organisiert, die sich kennen." Das andere, das der Präambel der Gründungsakte der UNESCO entnommen ist, lautet: "Der Krieg ist in den Köpfen der Menschen". Für Faure muss er darum auch im Geist des Menschen bekämpft werden.

Am 21. Februar 2022 kündigte Putin den Russen über die Fernsehkanäle des Landes den Beginn einer **militärischen Sonderoperation** an, um den Russen und russischsprachigen Menschen im Donbass zu helfen, denen angeblich ein Völkermord durch die Naziherrschaft in Kiew drohe. Zu diesem Zweck legte er **drei Ziele für die Ukraine** fest: Entmilitarisierung, Entnazifizierung und Umstrukturierung. Diese Worte machen Putin für Faure zu einem Lügner, der sich über die Welt lustig macht. Der Redner zeigte in seinem Vortrag Punkt für Punkt auf, wie unbegründet die Behauptungen des russischen Präsidenten waren.

In Bezug auf **die Entmilitarisierung** erklärt Faure, dass die Sowjetunion von 1922 bis zu ihrem Zusammenbruch Ende 1991 formell als Staat existierte habe. Um die Sozialistische Republik Russland herum gab es damals fünfzehn weitere Sowjetrepubliken, von denen eine die Ukraine war. 1991, nach dem Ende der Präsidentschaft von Michael Gorbatschow, beschlossen die Sowjetrepubliken nacheinander unabhängig zu werden. Aus der Russischen Republik wurde die Russische Föderation, die auch den Anspruch erhebt, die einzige Rechtsnachfolgerin der Sowjetunion zu sein. Mit dem Verschwinden der Sowjetunion stellt sich jedoch auch die Frage, wie das Erbe dieser Union aufgeteilt werden soll. **Zu Zeiten der UdSSR** repräsentierte die Ukraine etwa 40% ihres Industriepotenzials und 35% ihres landwirtschaftlichen Erbes. Auf dem Gebiet der Ukrainischen Sozialistischen Sowjetrepublik hatten sich wichtige Industrien in den Bereichen Stahl, Eisen, Chemie und ein industrieller Komplex angesiedelt, der dem Militär diente. Die militärische Stärke der **UdSSR verdankte diesen ukrainischen Industrien viel**. So wurden in Dnipropetrowsk (heute Dnipro) die Interkontinentalraketen SS 24 und SS 25 hergestellt. In der Nähe von Kiew wurden in den Antonow-Werken die größten Transporter der Luftfahrtindustrie gebaut. In der Ukraine befand sich auch das gesamte Atomwaffenarsenal der Roten Armee, darunter etwa 1.300

Interkontinentalraketen mit ebenso vielen Atomsprengeköpfen. In einem **Abkommen von 1994** einigten sich alle ehemaligen Sowjetrepubliken, die unabhängig geworden waren, mit der Russischen Föderation auf die Rückgabe des gesamten Atomwaffenarsenals auf ihrem Gebiet. Im Gegenzug unterzeichnete die Russische Föderation mit der Ukraine ein **bilaterales Abkommen**, in dem sie die Souveränität der Ukraine und ihre territoriale Integrität innerhalb ihrer bestehenden Grenzen respektierte. Sie verpflichtete sich dazu, keinen politischen oder wirtschaftlichen Druck oder Gewalt gegen die Ukraine anzuwenden, um ihr die politischen Überzeugungen Russlands aufzuzwingen.

In einem zweiten wichtigen **Abkommen zwischen Russland und der Ukraine im Jahr 1997** sah die in Sewastopol stationierte sowjetische Schwarzmeerflotte vor, dass die beiden Länder ihre insgesamt 130 Marineeinheiten untereinander aufteilen sollten. Etwa 100 Schiffe (laut Faure die besten) gingen an Russland und der Rest an die Ukraine.

In einem **dritten Abkommen im Jahr 2010** wollte der pro-russische ukrainische Präsident Janukowitsch von Russland Gas zu einem günstigen Preis erhalten. Im Gegenzug forderten Präsident Medwedew und Premierminister Putin, die Laufzeit des russisch-ukrainischen Abkommens, das die vertragliche Stationierung der russischen Flotte in Sewastopol sowie die Stationierung eines Kontingents von rund fünfundzwanzigtausend Soldaten (Matrosen, Flieger, Infanteristen) auf dem Gebiet der Krim erlaubt, bis 2042 zu verlängern, wobei ursprünglich 2017 als Datum vorgesehen war.

Mit dem Hinweis, dass das **Kräfteverhältnis** zwischen der russischen und der ukrainischen Armee **1 zu 20** beträgt, kam Faure zu dem Schluss, dass die **Ukraine** aus sicherheitspolitischer Sicht bis zum 24. Februar **keine Bedrohung** für die Russische Föderation darstellte. Die ukrainische Armee verfügt derzeit über rund dreihunderttausend Soldaten im Heer, in der Luftwaffe und auf See, wohingegen Russland über mindestens neunhundertsechzigtausend Soldaten verfügen kann. Wie könnte die Ukraine Russland bedrohen?

Faure greift dann das zweite Ziel Putins an, der **die Ukraine entnazifizieren** will, obwohl es dort keine Nazis gibt. Die Ukraine ist keine Nazi-Macht, da seit 1991 demokratisch gewählt wird, wobei alle vier Jahre ein Wechsel stattfindet. Seitdem wurden fünf verschiedene Präsidenten gewählt. Was ist mit Russland, wo seit dem Jahr 2000 Putin an der Macht ist, wenn man vom Intermezzo Medwedews absieht, der von 2008 bis 2012 Präsident war, um nach seiner Amtszeit bei den nächsten Wahlen den Präsidentensessel wieder Putin zu sichern? Dieser Trick wurde angewandt, weil die damalige russische Verfassung es dem Staatsbürger nicht erlaubte, für eine dritte Amtszeit in Folge gewählt zu

werden. Nun ließ Putin die Verfassung der Russischen Föderation umwandeln, um sicherzustellen, dass er bis 2036 an der Macht bleiben würde.

Warum behauptet Putin, dass die **Macht in Kiew eine von den USA inspirierte faschistische und nazistische Macht** sei? Es gibt **zwei Gründe** für dieses Vorgehen Putins. Zum einen liegt es an der Bedeutung des historischen Narrativs - zunächst des sowjetischen und heute des russischen - über den Zweiten Weltkrieg, der in Russland als **Großer Vaterländischer Krieg** bezeichnet wird. In diesem Diskurs vergisst die russische Führung zu erwähnen, dass dieser Große Vaterländische Krieg für die Sowjetunion am 22. Juni 1941 begann, als Nazideutschland die UdSSR angriff. Vom 23. August 1939 bis zum 24. Juni 1941 bestand jedoch der **Ribbentrop-Molotow-Pakt** und Stalins UdSSR war mit Hitlers Deutschland verbündet. Diese beiden Verbündeten kamen sehr gut miteinander aus, als es darum ging, Polen anzugreifen und untereinander aufzuteilen. Die UdSSR tötete in der Nähe von Katyn etwa zweiundzwanzigtausend Polen. Aber es ist auch klar, dass der Tod von etwa **zweiundzwanzig Millionen Sowjetbürgern** während des Zweiten Weltkriegs für das heutige Russland ein hoher Tribut war. Putin vergisst jedoch zu erwähnen, dass in dieser Zahl etwa **8,6 Millionen Ukrainer** enthalten sind, die in der Roten Armee dienten. Sie waren keine Nazis, da sie gegen den Nationalsozialismus kämpften.

Warum beschimpft Putin die ukrainische Regierung dann als Nazi-Macht? Das hängt mit der Annexion der Krim an Russland im Jahr 2014 zusammen, die die Ukrainer nicht akzeptiert haben. Zu diesem Zeitpunkt war die ukrainische Armee zu schwach, um den fünfundzwanzigtausend dort stationierten russischen Soldaten etwas entgegenzusetzen. So erfolgte die Annexion ohne großen Widerstand der ukrainischen Armee. Gleichzeitig rebellierte das ukrainische Volk jedoch gegen seinen Präsidenten Janukowitsch, der sich Ende 2013 unter dem Druck von Putin und Medwedew weigerte, ein Assoziierungsabkommen mit der Europäischen Union zu unterzeichnen. Das ukrainische Volk lehnte sich dagegen auf und es kam im **Januar/Februar 2014 zum Maidan-Aufstand**. Janukowitsch gab seiner Polizei den Befehl auf die Demonstranten zu schießen, wobei etwa 100 Menschen starben. Die Rada, das ukrainische Parlament, stimmte für die **Absetzung von Präsident Janukowitsch**, der mit einem Hubschrauber nach Russland ausgeflogen wurde. Zu diesem Zeitpunkt sprach Russland von einem illegalen Staatsstreich in der Ukraine, obwohl die ukrainischen Verfassungsverfahren strikt eingehalten wurden. Der Vorsitzende der Rada wurde zum Interimsstaatspräsident, dessen einzige Verpflichtung darin bestand, die nächsten Präsidentschaftswahlen vorzubereiten, die im Mai/Juni 2014 stattfanden. Erst

dann schickte der neue Präsident Poroschenko die ukrainische Armee gegen die Putschisten im Donbass. Diese Separatisten behaupteten, dass es sich um einen Aufstand gegen Kiew handele, obwohl **alles in Moskau vorbereitet und organisiert** worden war. Der Aufstand im Donbass wurde von Agenten des russischen FSB, darunter auch Girkin, angeführt. Seit 2014 bis heute befindet sich die Ukraine im Donbass im Krieg mit Russland. Die beiden selbsternannten Republiken Luhansk und Donezk waren zuvor nicht bewaffnet. Die russische Armee kam, um für sie zu kämpfen und brachte ihre militärische Ausrüstung mit. Putin bezeichnet die Macht in Kiew also als Nazi, weil er der Meinung ist, dass 2014 keine Revolution, sondern ein illegaler Staatsstreich war. Er bezeichnet also **die amtierende ukrainische Regierung als Nazi**, weil er sie nicht unterstützt. Für ihn ist Janukowitsch der legale Präsident, der illegal gestürzt worden ist.

In der Ukraine gab es zu Beginn der Unabhängigkeit des Landes nur **zwei extrem nationalistischen Gruppen**: die Partei Swoboda (Freiheit) und den Rechten Sektor (unterstützt von dem Oligarchen Kolomoisky). Letzterer war 2014 auf dem Maidan und bei der Verteidigung des Donbass, wo er an der Seite der regulären Armee bei der Verteidigung gegen Moskau stand, im Einsatz. Beide Gruppen vertreten eine rechtsextreme Ideologie. Sie stellten bei den Wahlen im Juni 2014 Kandidaten auf und erreichten 0,8 % bzw. 1,8 % der abgegebenen Stimmen, wobei der Rechte Sektor sechs Abgeordnete stellte. In Russland gibt es dagegen große rechtsextreme Parteien, die von der Straße und den Machthabern ermutigt werden. Die Liberaldemokratische Partei Russlands von Schirinowski hat 36 Abgeordnete in der Duma.

Mit seiner militärischen Invasion in der Ukraine verfolgt Putin ein **drittes Ziel: die Umstrukturierung dieses Landes**. Faure stellt jedoch fest, dass die Ukraine seit ihrer Unabhängigkeit lediglich demokratisch, politisch, wirtschaftlich und militärisch reformiert und umstrukturiert wurde. Die Ukrainer bauen ihre eigene Geschichte auf. Während der **langen Geschichte des Zarenreichs existierte die Ukraine** zwar bereits, doch wurde ihr das Recht auf eine staatliche Existenz immer wieder abgesprochen. Bereits die russische Zarin Katharina II. setzte dem Kosakenstaat im 17. und 18. Jahrhundert ein Ende, indem sie alle seine Privilegien abschaffte. Es ist auch falsch, wie Putin behauptet, Kiew als Mutter der russischen Städte zu bezeichnen, auch wenn es die größte Stadt zur Zeit des Zarenreichs im 16. und 17. Jahrhundert war. Kiew wurde im 9. Jahrhundert von den Warägern, Wikingern aus Skandinavien, gegründet, als Moskau noch nicht existierte. Ihre Herrschaft dauerte bis zu dem Zeitpunkt, als die Mongolen aus Zentralasien einfielen und das Land eroberten. Die **Ursprünge Kiews als russisch zu deuten, ist falsch** und Putin

berücksichtigt nicht die starke Russifizierungspolitik während des Zarenreichs. Diese Russifizierung ging mit einer Unterdrückung der ukrainischen Sprache und Literatur einher. Der wichtigste **Dichter Taras Schewtschenko** wurde vom Zarenreich als Nationalist verurteilt. Er wurde in eine Wüste in Kasachstan deportiert, weil er auf Ukrainisch schrieb und in dieser Sprache sprechen wollte, während die zaristischen Bildungsminister, insbesondere durch Erlasse im Jahr 1863, den Unterricht und Veröffentlichungen auf Ukrainisch verboten. Auf die Kopie von Taras Schewtschenkos Verurteilung hatte der Zar selbst geschrieben: "mit dem Verbot zu schreiben und zu malen". Mit seinem Werk „Kobzar“ schuf Schewtschenko jedoch den Beginn der ukrainischen Literatur.

Faure musste mehrere Fragen aus dem Publikum beantworten. Die erste Frage lautete, ob die Aufnahme mehrerer osteuropäischer Länder in die **NATO** nach 1991 von Russland als Bedrohung angesehen worden sei und der Grund für seine militärische Aggression in der Ukraine sei. Faure erklärte, dass die Welt von 1945 bis 1991 in zwei Lager geteilt war, mit den USA auf der einen und der Sowjetunion auf der anderen Seite. Jede Seite regierte alles in ihrem eigenen Lager. Im Jahr 1991 war diese zweigeteilte Welt verschwunden und zehn Jahre lang verhielten sich die USA, als wären sie die einzige Großmacht. Ein französischer Außenminister sprach damals von der "amerikanischen Hypermacht". Die **Unabhängigkeit der 15 Sowjetrepubliken** führte dazu, dass sie ihre Abhängigkeit von Russland verringerten, indem sie Kontakte zur Europäischen Union, zu den USA und zu Ländern in Asien und im Nahen Osten aufbauten. Sie entwickelten ihre eigene Ausrichtung, was Wladimir Putin sehr missfiel, der sich in seiner historischen Rolle als Sammler der alten russischen Länder sieht, wie vor ihm Peter der Große und Josef Stalin. Faure betonte, dass es nie einen Vertrag zwischen der NATO und Russland gegeben habe, in dem festgelegt worden sei, dass der NATO-Pakt nicht nach Osteuropa ausgedehnt werden dürfe. Warum sollten **NATO-Mitglieder Ländern, die aus dem ehemals sozialistischen Lager** ausgetreten sind, den Beitritt zur atlantischen Allianz verweigern? Diesen Ländern steht es nach wie vor frei, sich für die NATO zu entscheiden, wenn sie glauben, dass sie ihre Sicherheit nach achtzig Jahren Erfahrung mit der sowjetischen Herrschaft gewährleisten können. Putin und die russische Führung wollen diese **Annäherungen verbieten**, weil sie wollen, dass diese Länder mit eingeschränkter Souveränität in russischem Besitz bleiben.

Nun unterbreitete die NATO Russland mehrere Vorschläge: eine NATO-Russland-Partnerschaft und dann einen NATO-Russland-Kooperationsrat. Jedes Mal lehnte Russland ab, denn bei Verhandlungen über wirtschaftliche, politische, ökonomische und militärische Probleme bestand die **Denkweise der**

russischen Beamten darin, ständig zu betonen: "**Was uns gehört, gehört uns (Russen) und was euch (dem Westen) gehört, ist verhandelbar**".

Infolgedessen traten die osteuropäischen Staaten der NATO bei, um ihre eigene Sicherheit zu gewährleisten. In diesem Sinne ist Faure der Ansicht, dass **Frankreich und Deutschland 2008 einen Fehler begingen**, als sie die Bewerbung Georgiens und der Ukraine um eine NATO-Mitgliedschaft nicht akzeptierten.

Auf die Frage, warum es den Diplomaten nicht gelungen sei, den Krieg in der Ukraine zu verhindern, antwortete Faure, dass Diplomatie immer in der Notwendigkeit und Verpflichtung liege, mit seinem Gegner oder Feind zu sprechen. Zwei Abkommen wurden- **2005 und 2014-in Minsk** unterzeichnet und sahen die Möglichkeit einer Verhandlungslösung in dem von den Russen begonnenen Krieg um den Donbass vor. Die drei **wichtigsten Bestimmungen dieser Abkommen** waren **erstens** die Erreichung eines Waffenstillstands durch einen Rückzug beider Frontparteien auf eine bestimmte Entfernung voneinander und **zweitens** die Notwendigkeit freier und international von der OSZE überwachter Wahlen in den beiden separatistischen Republiken Donezk und Lugansk. Die Russen wollten diese freien Wahlen jedoch nicht, da sie sie, wie auf der Krim, selbst organisieren wollten. Es würden nur diejenigen kandidieren, die "Lang lebe Putin" riefen, und die Wahlen würden in Anwesenheit russischer Soldaten und nicht unter der internationalen Aufsicht der OSZE stattfinden. Die **dritte** Bestimmung sah vor, dass das Parlament in Kiew einen Sonderstatus für die beiden separatistischen Einheiten Donezk und Lugansk im ukrainischen Parlament einrichten sollte. Diese Vertretungen könnten jedoch nur gebildet werden, wenn es in diesen Teilstaaten freie Wahlen gäbe. Da Russland diese Wahlen nicht akzeptierte, kam ein Sonderstatus für diese beiden selbsternannten Entitäten nie zustande. Zudem wollte das Publikum wissen, ob die **Sanktionen gegen Russland** einen Einfluss hätten und Russland dazu zwängen, einen Rückzieher zu machen. Nach Ansicht von Faure sind drei verschiedene Typen von Sanktionen zu unterscheiden.-Zunächst richten sie sich gegen die Politiker, die für die Anerkennung der Gebiete Donezk und Lugansk durch Russland sowie für den Beginn und die Fortsetzung des Krieges gegen die Ukraine gestimmt haben. Diese verschiedenen Sanktionspakete führen zu Konsequenzen für Russland, das der einzige Staat der Welt ist, in dem das gesamte politische Personal unter Sanktionen steht. Die zweite Kategorie von Sanktionen sieht vor, den Handel mit Russland zu verlangsamen oder sogar einzustellen, vor allem den Handel, der die russische Militärproduktion (Waffen, Raketen, Granaten) antreibt. Es geht darum, dem Land die Rohstoffe für die elektronischen

Bauteile der Rüstungsindustrie zu entziehen. Die dritte Form von Sanktionen betrifft den Großhandel, Lebensmittel und Medikamente. Bisher, so Faure, seien die Auswirkungen dieser Sanktionen auf dem russischen Markt noch nicht allzu spürbar. Bei der Verhängung der Sanktionen hätten die Europäer jedoch darauf geachtet, Kohlenwasserstoffe nicht in die Sanktionen einzubeziehen, da einige europäische Staaten sehr stark davon abhängig seien. Es fällt auch auf, dass **viele Staaten dieser Welt die Sanktionen der Europäer nicht teilen**. Das liegt daran, dass sie von den Rohstoffen, Waffen oder anderen Produkten abhängig sind, die Russland ihnen verkauft. Des Weiteren wurde gefragt, ob Wladimir Putin ein frustrierter Mensch sei, weil er den Ukrainern seine politische Sichtweise nicht aufzwingen könne und sie deshalb mit Waffengewalt unterwerfen wolle. Laut Faure hat Putin mehrfach gesagt, dass er nicht an die Existenz eines ukrainischen Staates, einer ukrainischen Nation und eines ukrainischen Volkes glaube. **Belarussen, Ukrainer und Russen sind für Putin ein einziges Volk** mit ein und derselben Sprache und Kultur. Für ihn gibt es nur eine einzige russische Welt. Putin will durch die Aggression gegen die Ukraine das Land in die russische Welt (russskiy mir) eingliedern. Er bezieht sich dabei auf die **zaristische Eroberung, die ab 1763** die neu eroberten Gebiete im Südosten der Ukraine und auf der Krim **"Neurussland"** genannt hat. Wie zu Zeiten der Zaren und Stalins vertreibt und deportiert Putin die einheimische Bevölkerung und holt russische Siedler dorthin. Wenn in diesen Gebieten Russen leben, kann die russische Führung sagen, dass diese Russen, die sich dort befinden, geschützt und verteidigt werden müssen.

Auf die Frage, ob sich Europa mit Russland auf dem Weg zu Frieden oder Krieg befinde, erinnerte Faure an das alte Sprichwort "Si vis pacem, para bellum" (Wenn du den Frieden willst, bereite den Krieg vor). Europa befinde sich in dieser Phase, indem es den Kampf der Ukrainer unterstütze, denn für Faure **führt Putin auf dem Gebiet der Ukraine Krieg gegen Westeuropa**. Er mag die Ukraine nicht, weil er es nicht ertragen kann, dass dieses Volk den räuberischen und korrupten ehemaligen Präsidenten Janukowitsch entlassen hat. Die Farbrevolution war für Putin keine Revolution, sondern ein von der CIA und den USA vorbereiteter Staatsstreich. Doch für Faure brauchte es die USA nicht, damit sich das ukrainische Volk 2004 und 2014 erhob. **Das ukrainische Volk habe sich von selbst erhoben**. Wenn Europa die Ukraine nicht militärisch unterstützt, besteht die Gefahr, dass das ukrainische Territorium erheblich verkleinert wird. Die Einheit zwischen Europa und den USA muss langfristig angelegt sein. Denn jeder Staat hat seine wirtschaftlichen und politischen

Interessen, die nicht unbedingt mit denen der anderen übereinstimmen. Auf dieser Ebene zählen die Interessen und nicht die Freunde.

Man muss der Ukraine vor allem dabei helfen, Widerstand zu leisten, denn wenn man auf russischer Seite der Meinung ist, dass verhandelt werden muss, muss die Ukraine in einer Position der Stärke und nicht der Schwäche sein. Es dürfe nicht akzeptiert werden, dass Russland ein Viertel oder sogar die Hälfte des ukrainischen Territoriums besetze. Nach Ansicht europäischer und amerikanischer Militärexperten müssen die Waffen, die die Ukraine erhält, **zunehmend Offensivwaffen (Panzer und Artillerie)** sein, um den russischen Vormarsch zu stoppen. Da die ukrainischen Soldaten mehrere Wochen oder sogar Monate mit den neuen Waffen üben müssen, wird der Konflikt lange dauern.

Der französische Präsident E. Macron bevorzugt häufige Telefonate mit Wladimir Putin, weil es ihm wichtig ist, einen Gesprächskanal offen zu halten, um später in der Lage zu sein, über eine Beendigung des Konflikts zu verhandeln, auch wenn alle Telefonate bislang zu keinem Ergebnis geführt haben. Der französische Präsident forderte vor allem die Einrichtung humanitärer Korridore in den umkämpften Gebieten, um Zivilisten zu evakuieren, die in den Kämpfen eingeschlossen waren, wie in Mariupol und Kiew. Es gab einhundertzweiundsiebzig Anträge auf die Einrichtung humanitärer Korridore. Die Russen stimmten nur etwa zehn davon zu. In einigen Fällen endeten diese Evakuierungen in einem Drama, weil die russische Armee die Konvois bombardierte, obwohl sie einen Passierschein ausgestellt hatte, so wie sie es oft tut.

Macron zufolge bleibt **Putin in seinem historischen Narrativ stecken** und lebt in seiner eigenen Welt. Obwohl er ein ehemaliger KGB-Spion ist, gelingt es ihm dennoch nicht, sich ein richtiges Bild von der heutigen Welt zu machen. Es gelingt ihm nicht, die Realität zu erkennen. Er hat sich in den Krieg gegen die Ukraine hineingesteigert, weil er den Berichten der FSB-Spezialagenten glaubte, insbesondere denen des Kommandanten des fünften Geheimdienstdirektorats, General Bessama. Dieser hatte im Vorfeld eine ganze Reihe von Berichten erstellt, in denen er festlegte, dass die russischen Truppen von russischsprachigen Menschen als Befreier empfangen und mit Blumen beschenkt werden würden. Diese würden es nicht mehr ertragen, unter der Diktatur des ukrainischen Naziregimes zu leben. Doch diese Karteikarten der Sonderdienste entsprachen nicht der Realität. Putin, die Generäle und ihre Armee wurden von dem ukrainischen Patriotismus überrascht, den die Bewohner der besetzten Gebiete an den Tag legten. Zu Beginn der Aggression waren acht russische Armeekorps an der gesamten Peripherie der Ukraine

aufgestellt. Ihr Schlachtplan sah vor, in der Hauptstadt zusammenzulaufen, um in Kiew einen Regimewechsel herbeizuführen, d. h. Präsident Zelenski und seine Regierung abzusetzen und durch eine Regierung zu ersetzen, die den Forderungen Moskaus offen gegenübersteht. Es war jedoch ziemlich naiv von Putin zu glauben, dass die ukrainische Bevölkerung den ehemaligen Präsidenten Janukowitsch, den die Ukrainer während der Maidan-Revolution vertrieben hatten, wieder willkommen heißen würde.

Trotz der Kämpfe gab es russische und ukrainische Delegationen, die sich regelmäßig trafen und deren Gespräch außer dem Austausch von Gefangenen zu keinem Ergebnis führte.

Im Jahr 2012 ließ Präsident Janukowitsch ein ukrainisches Gesetz verabschieden, das die Ukraine zu einem Nichtblockstaat erklärte. Sie war somit weder ein Kandidat für eine Union mit Moskau noch ein Kandidat für die NATO. Als die Krim 2014 von Russland besetzt wurde, schützte dieser "blockfreie Status" die Ukraine jedoch nicht. In den **Abkommen von 1994, 1997 und 2010** hatte sich **die Russische Föderation** nämlich jedes Mal dazu verpflichtet, die **territoriale Integrität und Souveränität der Ukraine** innerhalb ihrer anerkannten Grenzen zu respektieren und sich der Anwendung von Gewalt zu enthalten, um die Politik der ukrainischen Regierung zu erzwingen. Da diese drei Abkommen sie nicht vor der russischen Aggression vom 24. Februar bewahrt haben, ist klar, dass die Ukrainer keine Lust haben, sich auf ein weiteres Abkommen dieser Art einzulassen.

Faure bestand darauf zu erklären, dass die **russischen Bürger** in einem Regime leben, in dem es **keine demokratische Opposition** gibt, die sich äußern kann. Sobald der Kopf einer möglichen Opposition auftaucht, sorgt Putins Machthaber dafür, dass dieser zu langen Gefängnisstrafen verurteilt wie im Fall Nawalny oder getötet wird, wie bei Boris Nemzow. Die russische Bevölkerung hat keinen Zugang zu einer parteiübergreifenden Presse. Nur über die vier staatlichen Fernsehkanäle, die den ganzen Tag lang ihre Nachrichten ausspucken und nichts anderes tun, als das herrschende Regime zu unterstützen, werden die Russen informiert. Das beste Beispiel dafür ist die Aussage in den russischen Medien, dass Russland keinen Krieg gegen die Ukraine führe, sondern eine "militärische Sonderoperation". Wer in Russland über einen Krieg spricht, riskiert eine Haftstrafe von drei bis fünfzehn Jahren. Einige russische Bürger behaupten immer noch, sie wüssten nicht, dass sich ihre Armee im Krieg in der Ukraine befindet. Nur die Jüngeren, die Umgang mit den sozialen Netzwerken geschickter sind, wissen, dass Russland in der Ukraine einen Krieg führt. Viele dieser jungen Leute haben Russland bereits verlassen.

In der ersten Phase des Krieges behaupteten die USA, sie wollten den Ukrainern dabei helfen, sich gegen die Aggression zu verteidigen. Später sagten sie, sie wollten den russischen Militärapparat daran hindern, weiterhin all die militärische Ausrüstung zu produzieren, die Russland für seine Angriffe auf die Ukraine nutze. Seit dem 24. Februar 2022 ist für die **Amerikaner** ein weiteres Ziel hinzugekommen: Sie wollen das russische Militär **und die russische Industrie schwächen, damit das Land es sich nicht leisten** kann, weitere Länder anzugreifen, wie es gerade die Ukraine angegriffen hat. Auf europäischer Seite will man die Ukraine eindeutig verteidigen, ohne völlig mit Russland brechen zu wollen. Man hofft, irgendwann wieder mit Russland über den Sicherheitszusammenhang in Europa diskutieren zu können, den die Trump-Regierung durch den Ausstieg aus allen Abrüstungsabkommen völlig ausgeklammert hatte. Aber die Russen waren ihrerseits auch schon ausgestiegen. Für die Europäer ist es wichtig, wieder über die Wiederaufnahme sozialer, politischer und wirtschaftlicher Beziehungen diskutieren zu können, allerdings unter der Voraussetzung, dass der russische Staat aufhört, ein Aggressorstaat zu sein.

Faure möchte **Putins Interesse an einer Rückkehr zu einer zwei geteilten Welt** in Erinnerung rufen, weil er die Welt, die die Amerikaner versuchen, aufzuzwingen, nicht erträgt. Er wolle eine Welt, in der der Dialog zwischen Russland und den USA wieder zu dem werde, was er zu Zeiten des Kalten Krieges gewesen sei und was Pompidou als "Kondominium" bezeichnet habe, eine Art Status, in dem Moskau und Washington gleichberechtigt und als Hauptgesprächspartner agierten. Doch laut Faure hat Putin diesen Status als gleichberechtigter Gesprächspartner Washingtons verloren. Heute kommt China als Macht hinzu, das eine völlig zwiespältige Rolle spielt, indem es davon absieht, die russische Aggression in der Ukraine zu verurteilen. Bei der Eröffnung der Olympischen Winterspiele gaben die russische und die chinesische Führung einen Einblick in ihre Weltanschauung, die nicht mit der der westlichen Welt übereinstimmt. Sie wollen eine Welt mit mehreren Polen des Gleichgewichts, darunter auch ihre eigene. Die chinesische Zeitung "People's Daily" veröffentlichte kürzlich ein Interview mit dem ukrainischen Außenminister Dmytro Kuleba, in dem dieser sagte, dass Russland für die Ukraine ein Aggressorstaat sei und dass die Ukrainer nach dem Ende des Krieges am Aufbau einer friedlichen und demokratischen Welt teilhaben wollten. Obwohl sie nicht der chinesischen Sichtweise entsprachen, wurden diese Aussagen von Kuleba veröffentlicht.

Faure betonte, dass der Frieden sicherlich auch von der russischen Bevölkerung abhängen werde, die Putins Vorgehensweise in den vier von ihm geführten Kriegen (zweiter Tschetschenienkrieg, Krieg gegen Georgien, Krieg in Syrien, Krieg gegen die Ukraine) nach wie vor unterstütze. Jedes Mal wuchs seine Popularität. Aber, wenn die Bevölkerung die Auswirkungen der Wirtschaftssanktionen der Europäer konkret zu spüren bekommt, wird es dieses Mal Momente geben, in denen die Russen Putin zur Rechenschaft ziehen werden. Faure sieht in der **Kuba-Atomraketenkrise von 1962 eine Parallele** zum russischen Krieg gegen die Ukraine. Um sein Ziel zu erreichen, erpresste Nikita Chruschtschow damals diese Atomraketen, was für das Amerika von John Fitzgerald Kennedy fast schiefgegangen wäre. Während dieser Krise ließ Präsident Charles de Gaulle dem russischen Botschafter ausrichten, dass sie unter diesen Bedingungen "gemeinsam sterben" würden. 1964 warfen die sowjetischen Generäle Chruschtschow vor, zu große Risiken eingegangen zu sein, und "boten" ihm an, sich aus der Politik zurückzuziehen. **Russische Militärgeneräle und FSB-Beamte** könnten in naher Zukunft, wie während der Kuba-Krise, Putin den Rückzug vorschlagen, da er die russische Armee und die Entwicklung des militärisch-industriellen Komplexes zu sehr schwächt. Faure beendete seinen Vortrag mit dem Hinweis, dass der **Krieg gegen die Ukraine langfristig den Rückzug Putins bedeuten könnte**, wie es 1964 bei Chruschtschow der Fall gewesen war.